



Arbeitsgemeinschaft Deutscher  
Bewährungshelferinnen und  
Bewährungshelfer e.V.

ADBeV Clara-Zetkin-Str.7, 14471 Potsdam

---

**Bundesvorstand**

---

Soziale Dienste der Justiz  
Holger Gebert  
Heinrich-Mann-Allee 103 / Haus 15  
14473 Potsdam

Fon: 0331-20 05 918  
Fax: 0331-20 05 940

holger.gebert@  
sdj.brandenburg.de

Potsdam, 21.12.2017

Liebe Kollegin und lieber Kollege,

auch in diesem Jahr möchte ich Dir und Deinen Familienangehörigen oder Deinen Nahestehenden zum Jahreswechsel im Auftrag des Gesamtbundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer ein friedliches Weihnachtsfest und einen gesunden Start in das neue Jahr wünschen.

Ebenso wollen wir uns in diesem Jahr für das gezeigte berufspolitische Engagement bei Jenen bedanken, die als Delegierte ihrer Landesverbände an der 14. Bundestagung in Fuldata teilgenommen haben, sich in Vorstandsarbeiten oder Verbandsarbeit eingebracht oder für Vorstände kandidiert haben und in diese gewählt wurden. Ich wiederhole mich an dieser Stelle gerne, dass wir die ehrenamtliche Arbeit von Euch unendlich schätzen und uns bewusst ist, wie schwierig es in diesen Zeiten ist, die Kollegenschaft zur Mitarbeit zu motivieren. Dennoch geben uns aber auch die vielen Erfolge und gezeigten Aktivitäten in den einzelnen Landesverbänden im letzten Jahr Recht, dass es sich lohnt für Verbesserungen im beruflichen Alltagsleben einzustehen und dazu aufzufordern.

Bankverbindung  
Stadtsparkasse Gladbeck  
KTO 66 0 43 BLZ 424 500 40  
IBAN:  
DE98 4245 0040 0000 0660 43

Es sind große Erfolge, wenn wir uns als Berufsverband auf ein Berufliches Selbstverständnis einigen und dieses zur Bundesdelegiertenversammlung als Positionspapier ebenso beschließen konnten, wie auch ein Arbeitspapier zur Fallbelastung. Damit konnte immerhin ein über zwanzigjähriger Arbeitsauftrag endlich erfüllt werden.

Mich persönlich hat sehr positiv überrascht, wie einzelne Landesverbände eine gewisse „Durststrecke“ durchschritten, sich jedoch in diesem Jahr personell viel stärker und verjüngt in neuen Vorständen aufgestellt haben, um sich wieder engagiert für die Belange der Unterstellten und der eigenen Profession einsetzen zu können. Dieses zu tun, ist nach meinem Ermessen eine demokratische Verpflichtung der Mitglieder unseres Berufstandes, der sich als eine Menschenrechtsprofession versteht.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl und die nachfolgenden Entwicklungen, sowie die gesellschaftlichen Tendenzen in Europa bereiten mir Sorge. Es ist eine Tatsache, dass sich die Gesellschaften politisch nach rechts verschoben haben. Auf die vor einigen Jahren gestellte Frage: „Wie man denn mit „Rechtsradikalen“ umgehen soll“ habe ich geantwortet: „Die „Rechtsradikalen“ machen mir keine Sorge, dafür aber die „sogenannte gesellschaftliche Mitte“! Und diese gesellschaftliche Mitte, mit ihrem Bürokratenapparat und ihren Medien wird uns, und davon bin ich fest überzeugt, in der kommenden Zeit noch einiges auch im beruflichen Kontext abverlangen, wogegen es sich zu widersetzen gilt. Ich fordere mit dem Mandat der Widerwahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes dazu auf, um Begrifflichkeiten und Inhalte zu streiten, die unserer Profession würdig sind und für welche wir verantwortlich einstehen können, gegebenenfalls auch mit einem bundesweiten symbolischen Streiktag der Sozialen Dienste der Justiz und der Bewährungshilfe, was gegenwärtig im Vorstand diskutiert wird.

Noch haben wir die Option eine fachkompetente Fachaufsicht einzufordern, professionsfremde Methoden abzulehnen und professionseigene Methoden zu entwickeln oder auszugestalten sowie krankmachende Systeme aufzuzeigen. Es wird auf unsere Geschlossenheit ankommen, sich einer Verwaltung entgegenzustellen, welche nach meinem Ermessen bereits teilweise einen diktatorischen Charakter aufweist, und für den Erhalt demokratische Grundwerte zu streiten. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass uns dieses gelingen wird und wir das kommende Jahr ebenfalls erfolgreich bestreiten werden. So werden wir weiter an der Entwicklung von Leitlinien der Bewährungshilfe arbeiten, um darüber eine einheitliche Arbeitsweise für den Fachbereich der Bewährungshilfe bundesweit anzustreben. Auf der 14. Bundesdelegiertenversammlung ist ein weiterer Arbeitsschritt diesbezüglich vollbracht worden. Zudem wird sich die ADBeV an die Gewerkschaften wenden, um mit deren Unterstützung vielleicht eine Verbesserung in der tariflichen Entlohnung für die Angestellten im neuen Tarifvertrag erzielen zu können.

Vorausschauend und werbend sei auf die Fachtagung am 8. und 9. März 2018 - "Wissen, was wir tun. Haltung und Handeln in der Sozialen Arbeit mit straffällig gewordenen Menschen" in Hamburg hingewiesen (Informationen finden unter [www.wissen-was-wir-tun.de](http://www.wissen-was-wir-tun.de)). Zudem darf darüber informiert werden, dass unsere 15. Bundesdelegiertenversammlung und Bundestagung vom 17. bis 19.05.2019 in Berlin stattfinden wird. Ebenfalls ist nach einem erfolgreichen Prozess der Annäherung auch für 2019 ein weiterer gemeinsamer Bewährungshelfertag mit der DBH geplant.

Von daher stehen zukünftig viele Anforderungen an, die unseren Verband fordern, aber auch stärken und selbstbewusster machen sollten. Gerne laden wir zur Mitarbeit ein. Wir würden uns über eine solche sehr freuen, denn Mitarbeit und Unterstützung motiviert.

In diesem Sinne, verbleiben wir mit besten und kollegialen Wünschen, nach Gesundheit, Schaffenskraft, Aufrichtigkeit und Solidarität sowie lieben Grüßen.

Holger Gebert  
Bundesvorsitzender